



So sieht der Innenhof aus, der durch den Anbau entstehen würde. Das Projekt soll 6,9 Millionen Euro kosten. Animation: ARGE Gutthann und HIW Architekten

CSU plädiert für den Neubau der Schule

INVESTITIONEN Die offene Ganztagsgrundschule in Hagelstadt soll erweitert werden. Bei einer Bürgerversammlung sprach sich die CSU für das Projekt aus.

VON DANIEL GERADTZ, MZ

HAGELSTADT. In dieser Woche steht eine große Entscheidung bevor: Am morgigen Donnerstag wird der Gemeinderat darüber abstimmen, ob die offene Ganztagschule durch einen Neubau erweitert wird. Die Kosten werden derzeit auf 6,9 Millionen Euro geschätzt.

Schon in der vergangenen Sitzung stand das Thema auf der Tagesordnung. Die Gemeinderäte vertagten die Entscheidung, um Rückmeldungen aus der Bevölkerung einzuholen. Die Gemeinde gab ein zusätzliches Gemeindeblatt heraus und der CSU Ortsverband Hagelstadt-Langenerling veranstaltete unter anderem eine Informationsveranstaltung für die Bürger, die am Montag stattfand.

„Hagelstadt steht ein Kraftakt bevor. In den nächsten 24 Monaten haben wir eine straffe Agenda“, erklärte

der Ortsversitzende Michael Cencic. Denn neben der Erweiterung der Schule steht auch der Umzug der Verwaltung ins Bahngelände und die Erschließung des Baugebiets „Eheweg-Süd“ auf dem Programm.

Gemeinde hat genügend Reserven

Nach derzeitigen Schätzungen, bleiben bei der Gemeinde nach dem Abzug der Förderungen rund 3,5 Millionen Euro für den Schulneubau hängen. Die Erschließung des Baugebiets kostet etwa drei Millionen Euro und der Umzug der Verwaltung wird mit 1,2 Millionen Euro zuzüglich der Nebenkosten zu Buche schlagen. Gemeinderat Dr. Christian Riedhammer erklärte, dass für den Umbau des

Bahnhofs zu Wahlkampfzeiten Kosten von 400 000 Euro genannt wurden. Die Frage im Gemeinderat: Kann man sich diese Investitionen leisten?

Derzeit hat die Gemeinde rund vier Millionen Euro auf der Seite. Gemeinderat Robert Götzfried erklärte: „Nach den jetzigen Zahlen können wir uns das leisten.“ Schließlich verfüge die Verwaltung derzeit über eine freie Finanzspanne von 250 000 Euro. Nach dem Verkauf der Grundstücke des Baugebiets hätte die Kommune einen Kreditbedarf von drei Millionen Euro. Zuschauer Albert Kammermeier entgegnete: „Die Guthaben sind da, weil viele Jahre nix gemacht wurde.“ Die in die Jahre gekommene Infrastruktur wurde von mehreren Gästen kritisiert.

Doch auch der Anbau der Grundschule warf Fragen auf. Eine Mutter erklärte, dass für den Betrieb der offenen Ganztagschule, der in diesem Schuljahr startet, nur knapp die nötige Anzahl an Schülern zusammen gekommen sei. Es wäre nicht sicher, ob das auch in Zukunft der Fall sei. Laut Gemeinderat Dr. Markus Riedhammer sind die Prognosen derzeit positiv. Auf absehbare Zeit könne jährlich mit 50 Neuzugängen gerechnet werden.

CSU sieht Vorzüge durch Ausbau

Riedhammer stellte außerdem klar, dass es nicht darum gehe, die Erweiterung der Schule infrage zu stellen. „Die Planungen haben allen Gemeinderäten gefallen“, sagte er. Auch an den Kosten sei nichts mehr zu machen. Durch das abstrakte Raumprogramm der Regierung sei die Anzahl und die Größe der Klassenzimmer vorgegeben. Er begrüßte auch den zeitlichen Ablauf, der vorsieht, zunächst das neue Schulhaus zu bauen, in dem die Klassen einziehen, ehe dann der Verwaltungstrakt saniert wird.

Dass der Mehrzweckraum im Zuge des Umbaus besser für die Bevölkerung nutzbar sei, weil er nicht an den Schulbetrieb gekoppelt ist, begrüßte Michael Cencic.

FORDERUNGEN DER CSU

► **Baugebiet:** Um eine positive Entwicklung der Gemeinde zu ermöglichen, soll das Baugebiet „Eheweg Süd“ so schnell wie möglich erschlossen werden. Durch den Zuzug junger Familien könnte auch die Zahl der Grundschüler steigen.

► **Schulbau:** Weil zuletzt zwei Schüler aus der Gemeinde zu einer anderen Schule abgesprungen seien, soll die Attraktivität der Grundschule durch ein erweitertes Angebot gesteigert werden.

► **Transparenz:** Das Vergabeverfahren für die Leistungen zur Planung der Grundschule ist laut Dr. Markus Riedhammer in nicht-öffentlichen Ausschüssen verhandelt worden. Riedhammers Bemühungen, dem Vergabeverfahren einen größeren öffentlichen Raum zu geben, blieben erfolglos. Dem Gemeinderat wurden sie lediglich in kurzer Form präsentiert. „Das bekommt doch kein Bürger mit“, kritisiert er.